

**Selbstständigkeit fordern,
Innovation fördern,
Wettbewerb stärken!**

- Zurück zur Sozialen Marktwirtschaft -

**Beschluss des Schleswig-Holstein-Rates
vom 5. November 2005 in Rendsburg**

Einleitung:

Unser Leitgedanke – die soziale Marktwirtschaft

Nur all zu oft wird in Deutschland die Forderung laut, man möge doch zur sozialen Marktwirtschaft zurückkehren. Allerdings ist mit dieser Forderung meist genau das Gegenteil dessen verbunden, was die Idee der Sozialen Marktwirtschaft bedeutet, nämlich ein weiteres Ausdehnen des Umverteilungsapparates, anstatt die Eingriffe des Staates in das freie Spiel der Kräfte am Markt so gering wie möglich zu halten. Im Gegensatz zum „Laissez- faire- Kapitalismus“ erkennt das System der Sozialen Marktwirtschaft an, dass die Kräfte des Marktes nicht immer optimale Ergebnisse erzielen, was ihre soziale wie wettbewerbliche Ausprägung angeht. Der Staat hat damit die Aufgabe, den Wettbewerbsprozess in die gewünschte Richtung zu lenken, ihn zu schützen und zu ergänzen. Von den konstituierenden Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wie der Offenhaltung der Märkte, dem Grundprinzip der Regulierung des Wettbewerbes über Preise oder der Bevorzugung von Privatinitiative und Privateigentum sind wir in Deutschland heute meilenweit entfernt. Wir haben vor allem durch ein ineffizientes Gesundheitssystem die Kräfte unserer Volkswirtschaft gelähmt, die Staatsfinanzen ruiniert und ein Heer von Umverteilungsgewinnern produziert, die kein Interesse mehr an einer Leistungsgesellschaft haben, die unser Land wieder auf Vordermann bringen könnte.

Für die Junge Union Schleswig-Holstein sind die Schlagworte „Selbständigkeit fördern“, „Innovation fördern“ und „Wettbewerb stärken“ Orientierung einer neuen Wirtschaftspolitik für Deutschland, die die Soziale Marktwirtschaft zum Leitgedanken hat und unser Land wieder zu einem Motor für die wirtschaftliche Entwicklung macht.

1. Selbstständigkeit und Eigenverantwortung

Leistung ist beliebt – solange sie nicht in Arbeit ausartet. Diese Einstellung muss sich ändern. In den Köpfen vieler Menschen hat sich ein falsches Bild des Staates entwickelt:

Der natürliche Trieb des Menschen, selber Leistung zu erbringen, um zu überleben, ist verkümmert und es ist ein Anspruchsdenken entstanden; der Staat wird hierbei in die Verantwortung genommen, den Einzelnen an die Hand zu nehmen, ihn an geeigneter Stelle im Wirtschaftsleben zu integrieren und für jegliche finanzielle und gesundheitliche Absicherung zu sorgen. Statt sich aus eigener Initiative um diese Rundumversorgung zu bemühen, hat der Staat also nun jene Aufgabe.

Aus dem Sozialstaat, der ursprünglich für die Schwachen unserer Gesellschaft da sein sollte, die ihr Leben, bzw. Abschnitte ihres Lebens eben nicht aus eigener Kraft meistern können, ist ein Sozialstaat geworden, bei dem das Gleichgewicht zwischen Fordern und Fördern nicht mehr besteht. Es gilt also die eigentlichen Aufgaben des Staates zu stärken und dem Bürger wieder zu mehr natürlicher Eigenverantwortung und Selbständigkeit zu verhelfen, um so weg von der Anspruchsgesellschaft und hin zur Leistungsgesellschaft zu kommen.

Der wichtigste Bereich für eine positive Beeinflussung durch den Staat liegt in der Schule. Studien belegen, dass Kinder dort besser sind, wo Leistung von ihnen gefordert wird. Daher plädiert die Junge Union für die Beibehaltung und Weiterentwicklung des gegliederten Schulsystems. Nur unser bewährtes System gewährleistet eine gezielte Förderung und Forderung von Leistung. Die Berufsschulen in Deutschland sind weltweit Spitzenklasse. Ziel der Politik muss es hier sein, diesen Vorsprung auszubauen.

Insbesondere an den Hochschulen braucht Deutschland mehr Wettbewerb und mehr Autonomie. Die Hochschule muss daher zu einer selbstständigen, eigenverantwortlichen Einrichtung umstrukturiert werden. Studierendenauswahl, Berufungen und Entlassungen, die eigenständige Verwendung von Ressourcen und die Einführung, wie auch die Höhe von sozial abgesicherten, angemessenen Studiengebühren müssen in die Entscheidungsbefugnis der Hochschulen gelegt werden.

Daher fordert die Junge Union:

- Einen Weg zu entwickeln, wie Lehrer in Zukunft nach Leistung bezahlt werden können.
- Abschaffung der Zentralen Vergabestelle für Studienplätze (ZVS)
- Einführung von sozial abgesicherten Studiengebühren, die die Universitäten selbst einziehen und über deren Verwendung sie selbst entscheiden können. Dies führt zu einer höheren Qualität der Ausbildung, es stehen den Hochschulen mehr finanzielle Mittel zur Verfügung und die Studierenden erhalten einen wesentlichen Anreiz für ein zügiges und erfolgreiches Studium.

Ein weiteres Problem, das sowohl aus der fehlenden Selbständigkeit und Eigenverantwortung des Einzelnen als auch aus den politischen Rahmenbedingungen heraus entstanden ist, ist der Mangel an unternehmerischem Geist. Schaut man sich die Entwicklung der letzten 20 Jahre an, so hat die Großindustrie in Deutschland eine Million Arbeitsplätze abgebaut und der Mittelstand drei Millionen Arbeitsplätze geschaffen, d.h. wenn nur die Kleinen die Arbeitsplätze schaffen, dann brauchen wir eine neue Politik für den Mittelstand, die den kleinen und mittleren Unternehmen mehr Spielraum gibt.

Die oftmals kritisierte mittelständische Struktur der deutschen Volkswirtschaft kann im Hinblick auf effiziente Ressourcenverteilung, marktgerechte Entlohnung, Vermeidung von Marktvermachtung, Innovationen, Flexibilität und wirtschaftlicher Dynamik ein großer Vorteil gegenüber anderen Volkswirtschaften wie z. B. den USA sein, wenn man die Vorteile dieser mittelständischen Struktur erkennt und gezielt fördert. Die Junge Union fordert daher bessere Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen. Es muss in Deutschland wieder leichter fallen etwas zu tun, als etwas zu verhindern.

2. Innovation

Wirtschaftswachstum steht und fällt mit der Fähigkeit, neue Techniken und Produkte, verbesserte Produktionsweisen und neue Märkte zu erschließen. Sie erst bringen uns den Technologievorsprung und Wertschöpfungsgewinn, der unseren hohen Lebensstandard absichert. Die in Deutschland dringend benötigten Arbeitsplätze entstehen auch erst dann, wenn wir in der Lage sind, neue Geschäfte aufzubauen und Märkte zu erschließen. Doch dafür ist die Erschließung neuer Technologien und Verfahren als Ergebnisse von Forschung und Entwicklung zwingend notwendig. Daher haben Politik und Verwaltung die Aufgabe zu entbürokratisieren um Freiräume für innovatives Handeln zu schaffen. Zudem sollte der Etat für die Bereiche Wissenschaft und Forschung aufgestockt werden.

Unser Ruf Apotheke und Ingenieurnation der Welt zu sein, die komplexe Systeme aufgebaut hat, Anlagenbau, Chemieanlagen, vernetzte U-Bahn-Systeme realisiert hat, wird sehr schnell verschwinden, wenn es uns nicht gelingt, wieder ein Zeichen zu setzen und viele derzeitigen Blockaden bei Gentechnik, nichtembryonale Stammzellenforschung, Kerntechnik und anderen wichtigen Zukunftsfeldern abzubauen.. Solange wir nicht den Mut haben, neue Technologien weiterzuentwickeln und zu fördern, gehen uns zukunftsweisende Wirtschaftsbereiche verloren.

Jedoch reicht es nicht aus, nur den Weg freizumachen für neue, moderne Technologien. Wir brauchen auch die entsprechenden Umsetzer, jene, die neue Technologien entwickeln, ihre Vermarktung voranbringen und sie kaufmännisch erfolgreich umsetzen können. Dazu gehören Wissenschaftler aller Bereiche, insbesondere aber sehr gut ausgebildete Ingenieure aller Fachrichtungen. Daran mangelt es uns in Deutschland, was nicht zuletzt die Greencard- Initiative gezeigt hat. Nur 0,7 % aller erwerbstätigen Deutschen sind Wissenschaftler.

2.1 Schul- und Hochschulpolitik

Ziel der Politik muss es sein, den jungen Leuten Wissenschafts- und Technikbegeisterung zu vermitteln.

Des Weiteren brauchen wir eine bessere Hochschulpolitik. Die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Absolventen hängt von der Einbeziehung der Forschung und Praxisnähe in das Studium ab. Bislang findet ein großer Teil der Forschung außeruniversitär statt, was im internationalen Vergleich ein großes Defizit darstellt. Forschung braucht qualifizierten Nachwuchs und kann daher nicht getrennt von den Hochschulen existieren. Außerdem ist es wichtig die Zusammenarbeit von Hochschule und Wirtschaft zu intensivieren. Wenn Hochschulen als Motor der mittelständischen Wirtschaft dienen und gemeinsame wirtschaftliche Aktivitäten mit Unternehmen durchführen sollen, ist es notwendig, unternehmerisch denkende und handelnde Hochschulen zu etablieren.

2.2 Energiepolitik

Hohe Energiekosten belasten derzeit den Konsum und die Unternehmen. Der Strom wurde sowohl durch die Ökosteuern auf der einen Seite und die Übersubventionierung erneuerbarer Energien auf der anderen Seite, als auch durch den Ausstieg aus der Kernenergie stark belastet. Die Junge Union fordert daher eine Umkehr in der Energiepolitik. Ziel der Politik muss es sein, einen rentablen, für Technologie-Innovationen offenen, Energiemix herzustellen und Forschung und Entwicklung im Bereich der Kernfusion und der Nutzung erneuerbarer Energien voranzutreiben. Entscheidend ist dabei nach Auffassung der Jungen Union Schleswig-Holstein, dass Deutschland in der Lage ist, günstige Energiequellen zu erhalten, um gegenüber anderen Standorten Kostenvorteile für Gewerbeansiedlungen zu bieten und auf der anderen Seite den Gedanken der Nachhaltigkeit unter einer angemessenen Subventionierung nicht zu verleugnen. Die Junge Union erkennt an, dass eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Energieversorgung zwar kurzfristig mehr Kosten verursachen kann, aber langfristig gewaltige Kosten für Umweltschäden vermeiden hilft.

Die Junge Union Schleswig-Holstein spricht sich für die Entkoppelung des Gaspreises vom Rohöl aus und fordert außerdem die tatsächliche Durchsetzung der Liberalisierung des Energiemarktes.

2.3 Biotechnologie

Bio- und Gentechnik entwickelt sich in einer beeindruckenden Weise und es hat sich durchaus gezeigt, dass biotechnologisch veränderte Pflanzen verantwortbar genutzt werden können. Statt jener Zukunftstechnologie Vorfahrt zu geben, schaffte man in Deutschland ein aus Ideologien entstandenes Gentechnikgesetz. Es verhindert den Einsatz Grüner Gentechnik und bricht damit einen Eckstein aus dem „Magischen Dreieck“, das die Grüne Gentechnik zusammen mit der Weißen Gentechnik und den nachwachsenden Rohstoffen bildet. Die Junge Union fordert daher die Überarbeitung des Gentechnikgesetzes, so dass die EU-Richtlinien ohne ideologische Ausnahmen direkt in Deutschland umgesetzt werden können.

Die Junge Union Schleswig-Holstein drängt darauf, dass für den Verbraucher trotzdem eine Wahlfreiheit zwischen gentechnikfreien und gentechnisch veränderten Lebensmitteln bestehen muss.

3. Wettbewerb

3.1 Subventionen

In Deutschland wird permanent in das freie Spiel der Kräfte am Markt eingegriffen. Durch Subventionen wie Beihilfen, Steuervergünstigungen, staatliche Zuschüsse u. v. m. versucht der Staat, bestimmte Industrien zu fördern und für jeweilige Regierungen gewollte Entwicklungen zu erreichen.

Subventionen verzerren die wahre Stärke der subventionierten Branchen und Unternehmen und verhindern dadurch, Innovation und das unmoderne Strukturen unnötig durch neue leistungsfähige Strukturen ersetzt werden. Die Förderung der deutschen Steinkohle ist dafür nur ein Beispiel.

Die Junge Union Schleswig-Holstein spricht sich für einen konsequenten Abbau von staatlichen Eingriffen in das Marktgeschehen aus. Ziel muss es sein, zusätzliche Investitionen in zukunftsfähige oder strategisch wichtige Industrien leiten zu können und marode Zweige nicht unnötig am Leben zu halten. Dabei ist eine zeitliche Begrenzung der staatlichen Zuschüsse absolute Pflicht, um den subventionierten Bereichen die notwendigen Anreize zur Schaffung eigener Wettbewerbsfähigkeit zu geben.

Die Junge Union Schleswig-Holstein spricht sich daher u. a. für folgende Maßnahmen aus, wobei an eine schrittweise Senkung der staatlichen Vergünstigungen gedacht ist, um den Widerstand der verschiedenen Interessengruppen überwinden zu können:

- Streichung fast sämtlicher Steuervergünstigungen für Bürger und Unternehmen wie z. B. der Pendlerpauschale, der Eigenheimzulage und besonderer Beteiligungsformen (Schiffsbeteiligungen usw.), um Fehlanreize zu vermeiden.
- Beschränkung der Förderung von alternativen Energien auf ein wirtschaftlich effizientes Maß.
- Komplette Streichung der Steinkohle- Subventionen.
- Starke Reduzierung der Zuschüsse für deutsche Werften.
- Jährliche Beauftragung eines Wirtschaftsinstituts, welches ähnlich den Rechnungshöfen die verschiedenen Subventionsberichte systematisch durchforstet und eigene Vorschläge zum Subventionsabbau unterbreitet.
- Komplette Überarbeitung des verringerten Mehrwertsteuersatzes.

3.2 Weniger Bürokratie – mehr Wirtschaftswachstum

In unserem Land wird schon seit langem beklagt, dass eine überbordende Bürokratie die bürgerlichen Freiheiten einschränkt und unternehmerisches und ehrenamtliches Engagement behindert. Bis heute sind allerdings viel zu wenige Maßnahmen ergriffen worden, um diesem Phänomen Einhalt zu gebieten. Ein konsequenter Abbau von bürokratischen Hemmnissen muss in vielen Teilbereichen ansetzen. Dazu gehört nach Ansicht der Jungen Union Schleswig-Holstein nicht nur das Steuerrecht sondern vor allem auch das direkte Zusammenspiel zwischen Staat und Bürger, sei es im Bereich der kommunalen Verwaltung, auf Landes- Bundes- oder Europaebene.

Die Junge Union Schleswig-Holstein schlägt daher folgende Maßnahmen für einen wirksamen Bürokratieabbau vor:

Durch eine professionellere Vertretung auf europäischer Ebene muss Deutschland seine Interessen in Zukunft wesentlich deutlicher vertreten. Zu den Deutschen Interessen gehören die konsequente Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips auch in der Europäischen Union, die Eindämmung der Regelungswut der Europäischen Kommission und das Verhindern von freiheits- oder unternehmensfeindlichen Richtlinien. Die Junge Union fordert die Bundesregierung und die Länder auf, Deutschlands Stimme durch eine verstärkte und gezielte Förderung deutscher Bewerber auf Plätze in der europäischen Verwaltung und in der Europäischen Kommission zu stärken und so zu einer Eindämmung der Brüsseler Bürokratie beizutragen.

- EU- Richtlinien werden zukünftig nur noch eins zu eins umgesetzt. Ein Ausbau der von Brüssel erlassenen Richtlinien von Seiten der Bundesregierung darf es nicht mehr geben.
- Ein Haltbarkeitsdatum für Ausführungsgesetze und Verordnungen ist umgehend einzuführen.

- Bund und Länder müssen die von ihnen übernommenen Aufgaben stets neu überprüfen und sich immer wieder die Frage stellen, welche Kernaufgaben der Staat hat und welche Aufgaben von den Bürgern selbst organisiert werden können.
- Das Subsidiaritätsprinzip muss auf allen Ebenen durchgesetzt werden, denn vor Ort werden Verwaltungsprobleme am besten gelöst.
- Die Länder sind dringend dazu aufgefordert, die freiwillige Zusammenarbeit der Kommunen untereinander dort zu fördern, wo Effizienzgewinne möglich sind, um damit die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung zu stärken und neue finanzielle Spielräume zu gewinnen.
- Die Föderalismuskommission muss erfolgreich zu Ende geführt werden, um die Aufgaben von Bund und Ländern zukünftig deutlicher abgrenzen zu können.
- Eine mögliche Fusion von Bundesländern wie Niedersachsen und Bremen, dem Saarland und Rheinland-Pfalz, Berlin und Brandenburg sowie auch Hamburg und Schleswig-Holstein sollte fociert werden.

3.3 Ein flexibler Arbeitsmarkt – Garant für wirtschaftliche Dynamik

Angesichts der verheerenden Zahl von fünf Millionen Arbeitslosen und gravierender demographischer Probleme kann das Ziel einer neuen Arbeitsmarktpolitik nach Ansicht der Jungen Union Schleswig-Holstein nur sein, Arbeitslose so schnell wie möglich wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln.

Der Arbeitslosenindustrie in der Bundesagentur für Arbeit ist Einhalt zu gebieten, denn nur der erste Arbeitsmarkt kann Langzeit- genau wie Kurzarbeitslose für zukünftige Aufgaben qualifizieren. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind aufgrund ihrer Realitätsferne und ihrer Kosteneffizienz gänzlich abzuschaffen.

Statt dessen unterstützt die Junge Union Schleswig-Holstein die Idee der Einführung eines Kombilohns, nämlich der Ergänzung der tatsächlich von Arbeitgebern gezahlten Löhne durch befristete staatliche Zuschüsse zum Gehalt, um den ehemaligen Arbeitslosen ein Gehalt über dem Arbeitslosengeld- Niveau zu ermöglichen. Die Kosten dafür sollten aus dem ehemaligen Haushalt der Bundesagentur für Arbeit übernommen werden.

Neben der Einführung eines Kombilohns führen weitere wichtige Punkte zu einem flexibleren und damit auch konkurrenzfähigeren Arbeitsmarkt in Deutschland.

Bedingungen für die Förderung eines neuen Arbeitsplatzes durch einen Kombilohn muß der Erhalt des Arbeitsplatzes für mindestens ein weiteres Jahr sein. Ist dies nicht der Fall muss der Arbeitgeber dem Staat die Zuschüsse in voller Höhe zurückzahlen.

Die Junge Union Schleswig-Holstein plädiert daher für folgende weitere Initiativen:

- Der Kündigungsschutz soll für neue Arbeitsverträge bei Betrieben mit bis zu 20 Mitarbeitern ausgesetzt werden, bei größeren Betrieben erst nach zwei Jahren wirksam sein. Bei Abschluss von Arbeitsverträgen kann eine individuelle Abfindung mit gesetzlicher Mindesthöhe vereinbart werden.
- Mindestlöhne müssen verhindert werden, da sie Geringqualifizierten die Möglichkeit auf eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt nehmen.
- Zukünftig kann jeder Betrieb durch eine Belegschaftsabstimmung entscheiden, ob er auf Basis eines Betriebstarifvertrages oder auf Grundlage des Flächentarifvertrages arbeiten möchte. Das Vetorecht der Gewerkschaften wird aufgehoben.

3.4 Privatisierung

3.4.1 Banken

Wird noch überarbeitet.

3.4.2 Bundesagentur für Arbeit

60 Milliarden Euro, 110.000 Beschäftigte und nur knapp 20.000 Vermittlungen, dabei kommen pro Mitarbeiter im Jahr nur ca. 20 Vermittlungserfolge – Dies beschreibt die Ineffizienz der Bundesagentur für Arbeit (BA). Die Ursache hierfür liegt nach Ansicht der Jungen Union darin, dass die BA von ihren eigentlichen Kernaufgaben, der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenvermittlung zu weit entfernt hat und eine Mammutbehörde entstanden ist, die viel kostet und wenig bringt.

Von jenen, die aus der Arbeitslosigkeit herausfinden, werden im Schnitt nur etwa 15 % über die durch die Bundesagentur vermittelt. Daraus lässt sich schließen, dass der freie Markt besser dazu geeignet ist einen Menschen in Arbeit zu vermitteln. Auch hier muss der Staat wieder mehr Selbstständigkeit und Eigenverantwortung des Einzelnen fordern und fördern. Menschen müssen effektiver in die Lage versetzt werden, auf eigenen Beinen zu stehen.

Warum muss sich der Staat mit der Arbeitsförderung beschäftigen? Zeitungen, Internet, Personalberater, etc. bieten einem Arbeitssuchenden beste Möglichkeiten, eine neue Arbeitsstelle zu finden. Auch bei Aus- und Umschulungen, sollte es dem Einzelnen überlassen werden, welche Weiterqualifizierung er benötigt.

Der Staat sollte sich darum bemühen, dass Sozialleistungen nicht ausgenutzt werden und die Arbeitslosenversicherung so ausgestalten, dass Vermittlung, Versicherung und der Arbeitssuchende selbst einen finanziellen Anreiz an rascher Vermittlung haben.

Arbeitslose, die nicht den Weg über einen privaten Arbeitsvermittler nehmen, sollten in Zukunft, so wie dies schon jetzt in einigen Kreisen in Deutschland nach der Hartz IV- Reform der Fall ist, direkt von den Kommunen betreut und in Arbeit vermittelt werden. Die Kommunen können die Arbeitslosen viel besser vor Ort betreuen als dies der Bundesagentur für Arbeit möglich ist unter anderem auch, weil die Kommunen mit den Unternehmen vor Ort enger in Kontakt treten und Arbeitslose gezielter vermitteln können.

Die Junge Union fordert daher:

- die Abschaffung der Bundesagentur für Arbeit
- die Dezentralisierung der Dienstleistungen der dann ehemaligen Bundesagentur für Arbeit
- die Förderung von privatwirtschaftlicher Vermittlung und Weiterbildung

3.4.3 Krankenversicherung

Aufgrund der demographischen Entwicklung wird die Relation zwischen Erwerbstätigen und Rentnern immer dramatischer und somit die auf dem Generationenvertrag beruhende Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme sehr schwierig.

Die gesetzliche Krankenversicherung hingegen blieb bisher weites gehend unberührt, obwohl auch dort dringender Handlungsbedarf besteht - Die Einnahmen der Krankenversicherung müssen ebenfalls von demographischen Entwicklungen unabhängig gemacht werden, dabei muss darauf geachtet werden, dass die Reformen sozial verträglich sind; sozial jedoch im Sinne des Subsidiaritätsprinzips. Demnach soll der Staat nur dann Menschen helfen, wenn diese zwar wollen, aber nicht leisten können, also überfordert sind.

Das derzeitige Gesundheitssystem ist ineffizient, zu bürokratisch und sozial ungerecht. Die Junge Union spricht sich für ein Gesundheitssystem aus, das eine Grundsicherung für alle beinhaltet, das

es aber dem Einzelnen in die Hand legt, zusätzliche Leistungen durch freiwillige Zusatzprämien zu erwerben. Für die internationale Wettbewerbsfähigkeit ist außerdem wichtig, die Krankenkassenbeiträge von den Arbeitskosten abzukoppeln und für mehr Wettbewerb unter den Krankenkassen sorgt.

Die Junge Union spricht sich für die Gesundheitsprämie gemäß dem Leipziger Parteibeschluss von 2003 aus.

3.4.4 Rentenversicherung

In der Rentenversicherung sind bereits erste Schritte hin zu mehr Eigenverantwortung eingeleitet worden. Allerdings greift das Konzept der Riester-Rente viel zu kurz und ist nicht dazu in der Lage, die gravierenden Probleme des deutschen Rentenversicherungssystems zu lösen.

Mittlerweile stellt der Bundeszuschuss zur Rentenversicherung den größten Haushaltsposten im Bundeshaushalt dar. Damit wird für die Rentenversicherung noch mehr Geld ausgegeben als für den Schuldendienst.

Die finanzielle Situation in der Rentenversicherung ist katastrophal. Deutschland steht vor dem rentenpolitischen Kollaps, wenn nicht sofort gehandelt wird. Insbesondere die jungen Menschen aber auch viele ältere Arbeitnehmer in unserem Land sind die Leitttragenden einer verfehlten Rentenpolitik, da die demographische Entwicklung sie zwar als Einzahler dringend braucht, junge Menschen allerdings keine gesicherte Rente mehr erwarten dürfen.

Die Junge Union Schleswig Holstein hält dafür folgende Schritte zur Sanierung des Rentenversicherungssystems in Deutschland für dringend notwendig:

- Stärkung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge
- Reduzierung der gesetzlichen Rente auf eine Grundrente für alle Rentenempfänger, die nach dem Jahr 2015 in Rente gehen. Sämtliche weitergehenden Leistungen müssen dann privat vorgesorgt werden..
- Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bis zum Jahr 2015 und auf 70 Jahre bis zum Jahr 2005
- Ausgliederung von versicherungsfremden Leistungen wie z.B. der Hinterbliebenenversorgung und der Erwerbsminderungsrenten auf ein steuerfinanziertes bzw. privat finanziertes Modell
- Nullrunden für alle Rentner vorerst in jedem zweiten Jahr, 2006 als Nullrundenjahr mit eingeschlossen
- Wiederauffüllung der Schwankungsreserve auf den vollen Monatssatz an auszahlenden Renten
- Sofortmaßnahmen gegen die anhaltende Frühverrentung von Arbeitnehmern

3.5 Steuern

Das geltende deutsche Einkommensteuersystem ist durch unaufhörliche Gesetzesänderungen zu einer Ansammlung undurchsichtiger und unklarer Vorschriften geworden. Kaum ein Sachkundiger ist noch in der Lage, alle Vorschriften bzw. alle neuen Änderungen jener Vorschriften und Gesetze zu kennen, geschweige denn, sie richtig anzuwenden. Dem nichtkundigen Steuerpflichtigen ist es überhaupt nicht mehr möglich, ohne Steuerfachmann eine einigermaßen professionell erstellte Steuererklärung abzugeben. Seit Jahrzehnten scheut der Gesetzgeber davor zurück, eine grundlegende Reform des Steuersystems durchzuführen. Statt dessen wird an dem vorhandenen, nicht mehr zeitgemäßen System herumgewerkelt. Es fehlt hier der Mut zu einer Reform, die das System an den Wurzeln verändert.

Es gilt, das Steuersystem zu vereinfachen, den allergrößten Teil der Steuervergünstigungen abzuschaffen und jeden Steuerpflichtigen nach der realen Höhe seines Einkommens zu besteuern. Aus diesem Grunde spricht sich die Junge Union Schleswig-Holstein dafür aus, das Steuerkonzept von Friedrich Merz einzuführen.

Dieses beinhaltet unter anderem:

- Drei Steuersätze in Abhängigkeit der Höhe des Einkommens (12, 24 und 36%).
- Radikale Vereinfachung der Steuererklärung und der Steuerveranlagung.
- Ein einheitlicher Grundfreibetrag von 8000 € für Erwachsene und Kinder.
- Abschaffung des Ehegattensplittings.

Die Junge Union Schleswig Holstein setzt sich außerdem für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 % auf 18 % ein. Mit den Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuer soll die Senkung der Lohnnebenkosten gegenfinanziert werden, um die Wettbewerbsposition des deutschen Standortes nachhaltig zu verbessern.